

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/1021 —

Beziehungen der Westeuropäischen Union (WEU) zur Türkei

Der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen, sagte, man arbeite am Aufbau entwicklungsfähiger Beziehungen zwischen der Türkei und der WEU. Ähnlich positiv äußerten sich der frühere Bonner Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, und einzelne US-amerikanische Kongreßabgeordnete in bezug auf die Einbeziehung der Türkei in das westliche System (EG und WEU). In der Türkei werden Menschen gefoltert und getötet.

1. Unterstützt die Bundesregierung den Aufbau entwicklungsfähiger Beziehungen zwischen der Türkei und der WEU?

Trifft es zu, daß an „entwicklungsfähigen“ Beziehungen zwischen WEU und Türkei gearbeitet wird?

Wenn ja, was versteht die Bundesregierung unter „entwicklungsfähigen“ Beziehungen mit der Türkei allgemein und insbesondere in bezug auf die menschenrechtliche Dimension und in bezug auf die Sicherheitspolitik?

Der Türkei wurde 1989 durch den WEU-Ministerrat ein Konsultationsmechanismus eingeräumt. Dieser sieht vor, daß die jeweilige WEU-Präsidentschaft die Türkei nach jeder Ministerratssitzung über deren Ergebnisse unterrichtet.

Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der WEU und der Türkei sowie anderen europäischen Bündnispartnern, die nicht der WEU angehören, wird von der künftigen Rolle der WEU im europäischen Einigungswerk und ihren Beziehungen zur Nordatlantischen Allianz abhängen. Den Ergebnissen der laufenden Regierungskonferenz zur Politischen Union kommt in der Zukunft besondere Bedeutung zu.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Ursula Seiler-Albring, vom 20. August 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. In welcher Form beteiligt sich die Bundesregierung am Aufbau derartiger Beziehungen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Befürwortet die Bundesregierung die Integration der Türkei in die europäische Verteidigung?
In welcher Form soll dies geschehen?
Ist eine Aufnahme der Türkei in die EG angesichts der offenkundigen Menschenrechtsverletzungen mit den Erklärungen der Bundesregierung vereinbar?

Die Türkei ist Mitglied der Nordatlantischen Allianz, die auch künftig ein unverzichtbarer Faktor der europäischen Sicherheit bleiben wird.

Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, für die sich die Bundesregierung einsetzt, ist derzeit Gegenstand der Diskussion in der Regierungskonferenz zur Politischen Union. Inwieweit die Ergebnisse der Konferenz die Türkei betreffen, hängt von deren künftigem Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft ab.

Die Frage eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft stellt sich gegenwärtig nicht.

In ihrer Stellungnahme vom 18. Dezember 1989 zum Beitrittsge-such der Türkei kommt die Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu dem Ergebnis, daß es nicht zweckmäßig wäre, jetzt mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat sich auf seiner Tagung vom 5. Februar 1990 der Stellungnahme der Kommission weitgehend angeschlossen.

4. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß sich die „Sicherheitskonzeption und Strategie der westlichen Allianz... in Zukunft mehr nach außen richten“ müsse, und daß dies bedeutet, „... daß die Türkei wieder als eine auch europäische Macht verstanden werden muß“?

Das Zitat in der Frage ist der Bundesregierung nicht bekannt. Sofern das Zitat mit der Revision der Strategie des Bündnisses in Zusammenhang steht, wird darauf hingewiesen, daß Aussagen hierzu auf dem NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im November getroffen werden.

5. In welcher Form fand bereits und findet eine Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der türkischen Armee statt?
In welcher Form fand bei der Stationierung der deutschen Soldaten in der Türkei während des Golfkrieges eine Zusammenarbeit statt?

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der türkischen Armee findet im NATO-Rahmen statt. In diesem Rahmen hat die Bundesregierung der Türkei auch Verteidigungshilfe und militärische Ausbildungshilfe geleistet.

Eine bilaterale operative Zusammenarbeit mit den türkischen Streitkräften findet nicht statt. Auch die Zusammenarbeit während der Golfkrise war nicht bilateral, sondern erfolgte im NATO-Rahmen nach den dort eingeführten Verfahren.

